



# Friedensbündnis Karlsruhe

[Startseite](#) • [Flugblätter](#) • [Texte](#) • [Termine](#) • [Suchen](#) • [Links](#) • [Impressum](#)

11.09.2014

## Antikriegstag 2014

*Karlsruhe*

**Veranstalter DGB und Friedensbündnis Karlsruhe**

**Redebeiträge von**

**Dieter Bürk, DGB**

**OTKM Karlsruhe**

**Fatima Radjaie**

**Grußwort Piraten Karlsruhe**

Rede Antikriegstag, Dieter Bürk, DGB

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Friedensbewegte,

der Besuch von Sigmar Gabriel bei Betriebsräten der Rüstungsindustrie gab mir eine Steilvorlage zu meinem heutigen Redebeitrag. Denn es steht fest: Hinter jedem Krieg steht eine Kriegsindustrie. Rund 16 Milliarden Euro Umsatz: Deutschlands Rüstungsunternehmen spielen dabei in der Champions League.

Natürlich sind es die großen Unternehmen - EADS, Rheinmetall, Krauss-Maffei und Co - die mit ihren Umsätzen unter den 100 größten Rüstungsfirmen mitspielen. Mit Firmen wie Diehl, Heckler&Koch, Kärcher Futuretech und MTU nimmt aber auch Baden-Württemberg eine beachtliche Rolle ein. Aber es gibt eben auch den weitgehend unbekanntem Mittelstand, der mit seinen Produkten das Handwerkszeug für die Durchführung von Kriegen liefert. Auch in der Rheinebene, und sogar in Karlsruhe finden sich einige solcher Zulieferer.

Doch müssen wir jetzt alle 80.000 Beschäftigten in der Rüstungsindustrie der Beihilfe zum Töten bezichtigen?

Sicherlich nicht. Produzieren sie gesellschaftspolitisch sinnvolle Produkte? Sicherlich auch nicht - gerade, wenn man an die ausufernden Rüstungsexporte in Krisengebiete denkt. Ich gebe zu: Wir Gewerkschaften tun uns in Fragen der Rüstungsindustrie manchmal schwer, denn wir vertreten auch die Interessen unserer Mitglieder aus diesen Bereichen - Bereiche, die grundsätzlich gut organisiert sind.

Von Seiten der Arbeitgeber, aber auch von Betriebsräten der Rüstungsindustrie ist oft zu hören: eine restriktive Exportpolitik kostet Arbeitsplätze an den Standorten in Deutschland. In der Tat ist in der Branche europaweit ein Arbeitsplatzabbau zu beobachten.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Praxis der Exportgenehmigungen kann in den letzten Jahren nun wirklich nicht als restriktiv angesehen werden. Ausnahmen bildeten eher die Regel. Das konsequente Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete bedeutet noch lange nicht den Untergang der deutschen Rüstungsindustrie.

Dass sich nun Wirtschaftsminister Gabriel wiederholt für eine wortgetreue Auslegung der Export-Richtlinien ausspricht, kann der DGB ungeachtet allen parteipolitischen Kalküls nur begrüßen. Wir nehmen Sie beim Wort, Genosse Gabriel.

In genau diesen politischen Grundsätzen steht aber auch wortgetreu, Zitat, „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen“. Jedoch wird genau dieser Bereich immer wieder als politisches Druckmittel missbraucht - die moralische und soziale Seite der Rüstungsproduktion wird hingegen gerne vernachlässigt. Auch jetzt hört man wieder Sätze wie: „Wer A sagt, muss auch B sagen“, oder „Deutschland müsse über seinen Schatten springen“. Doch diese Parolen sind genauso unbedacht, wie im Kern falsch - gerade an angesichts der historischen Verantwortung, an die wir am heutigen Antikriegstag erinnern.

Nie wieder Krieg heißt für uns: keine Exporte in Krisengebiete! keine Exporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden! keine Aufweichung der bisherigen Exportstandards! Krieg ist ein volkswirtschaftlicher Totalschaden, liebe Kolleginnen und Kollegen! Steht man aber zu dem Grundsatz, es müsse weniger Exporte geben - und das trifft selbst für Einzelgewerkschaften zu, die im Rüstungsbereich organisieren - dann muss man sich der Frage stellen: Welche Alternative gibt es für die Beschäftigten?

Nie wieder Krieg heißt deshalb auch: zivile Produktion statt Rüstungsexporte! Stichwort Konversion: Ist es vorstellbar, dass bei Heckler&Koch in Zukunft Kühlschränke oder Yogamatten produziert werden? In Bereichen wie im Präzisionsmaschinenbau, der Mikrosystemtechnologie, oder der Werkstofftechnologie ist das eine gute, nachhaltige Zukunftsoption - mit Sicherheit.

Beispiele aus anderen Branchen - Kohle- und Stahlförderung, oder Atomenergie beispielsweise - zeigen: Wandel in Industrielandschaften ist zwar ein äußerst schwieriger Prozess - aber dieser Wandel ist möglich, zum Wohle aller Beteiligten.

Appelle an die Konzerne können in diesem Punkt auch nicht das letzte Mittel sein. Die Beschäftigten der Rüstungsindustrie selbst sind es, die Konzepte zur Produktkonversion entwickeln können. Aufgabe gewerkschaftlich organisierter Betriebsräte wäre es, solche Ideen in der Belegschaft wieder ins Gespräch zu bringen.

Das kleinste Problem wäre, weniger Steuermittel in die weltweiten Ausgaben für Militär und Rüstung zu stecken und das eingesparte Geld für Bildung und nachhaltige Entwicklung zu verwenden. Rüstungsausgaben reduzieren die Spielräume für Bildungsfinanzierung, bewaffnete Konflikte berauben die Menschen ihrer Lebens- und Bildungschancen. Deshalb fordern wir als Deutscher Gewerkschaftsbund: Bildung statt Rüstung! Konversion statt Waffenexporte!

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

-  
-  
-

Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung (OTKM) Karlsruhe

Rede des OTKM anlässlich des Antikriegstages 2014 in Karlsruhe

"Wir sprechen für das Offene Treffen gegen Krieg und Militarisierung Karlsruhe: Wir freuen uns, heute hier auf der Kundgebung anlässlich des bundesweiten Antikriegstags, sprechen zu können. Das Datum erinnert an den Beginn des 2. Weltkriegs mit dem faschistischen Überfall auf Polen und

muss für uns noch immer Mahnung sein. In vielen Fällen wird heute der militärische Einsatz der Sicherung von Wirtschaftsinteressen und Geostrategien als Kampf für die Menschenrechte dargestellt und dadurch dann die wahren Hintergründe und Eigeninteressen verschleiert.

Krieg ist keinesfalls weit weg und findet auch nicht nur abstrakt in den Nachrichten statt. Es ist auch nichts was uns nur zu interessieren hat, wenn es mal wieder besonders erschreckende Meldungen gibt, die uns aus unserer Lethargie diesem Thema gegenüber herausreißen. Nicht nur, dass das deutsche Militär weltweit auf Kriegsschauplätzen kräftig mitmischt: Diese Kriege beginnen hier, vor unserer Haustüre!

Krieg beginnt hier, wenn in der Arbeitsagentur rhetorisch geschulte Offiziere versuchen junge Menschen für den Dienst an der Waffe zu begeistern. In der Rintheimer Querallee befindet sich die Berufsfachschule der Bundeswehr. Dort wird der Einsatz an der Waffe als normaler Beruf dargestellt und zukünftige Soldaten können mit vielfältigen Bildungsmöglichkeiten gelockt werden.

Krieg beginnt hier, wenn die Bundeswehr auf Jobmessen präsent ist und um Nachwuchsrekrut/Innen wirbt. Ob in der Universität oder an der Messe Karlsruhe, immer ist sie mit ihren Ständen und Simulationsgeräten vor Ort.

Krieg beginnt hier, wenn Militärs in Karrierecentern die Perspektivlosigkeit junger Menschen ausnutzen und ihnen das Blaue vom Himmel versprechen ohne den wahren Charakter gänzlich zu umhüllen. Dass Bildung für immer weniger Menschen frei zugänglich bzw. die Finanzierung eines Studiums in Zeiten steigender Mieten und Studiengebühren für viele ein Problem ist, macht es dem Militär einfach sich als Alternative anzubieten.

Krieg beginnt auch hier, wenn die Bundeswehr an Schulen auf die Schüler/Innen losgelassen wird um Einfluss zu nehmen und einer kritischen Haltung unter Jugendlichen vorzubeugen und sie ihnen ganz nebenbei noch die Bundeswehr als Arbeitgeber vorzustellen. Dabei wird völlig verschleiert, dass Soldat zu sein kein Beruf ist wie jeder andere. Im Krieg werden Menschen getötet. Das kann niemand wegdiskutieren! 2 Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung (OTKM) Karlsruhe Doch die Vorbereitung neuer Kriege besteht nicht nur in der Rekrutierung von Nachwuchssoldat/Innen. Auch die Forschung und Produktion vor unserer Haustür ist essentieller Bestandteil der Kriegsführung. Denn Krieg beginnt eben auch hier, wenn sich die Universität hartnäckig weigert eine Zivilklausel einzuführen um die Forschung an zivile Zwecke zu binden.

Krieg beginnt ganz eindeutig hier, wenn die Fraunhofer Gesellschaft Wehrforschung betreibt und Vertreter des Militärs ein uns ausgehen.

Somit beginnt Krieg auch hier, wenn Soldaten massenweise durch Städte und Dörfer paradiere. Dabei soll die Bevölkerung an das Militär als scheinbar selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschaft gewöhnt werden. Damit wird das Militär als etwas Normales dargestellt und ihm sein Schrecken genommen und so letztendlich die Kriegsführung zum einen verharmlost und zum anderen legitimiert.

Doch wir sind nicht bereit all diese Widerwärtigkeiten hinzunehmen. Ob in der Arbeitsagentur oder auf den Jobmessen; wir sind vor Ort um den Kriegspropagandisten und Kriegstreibern in die Suppe zu spucken! Um die Akteure des Krieges in Karlsruhe noch genauer benennen zu können und nicht nur auf Auftritte der Bundeswehr zu reagieren, wollen wir uns verstärkt mit der Situation hier vor Ort auseinandersetzen und gleichzeitig für dieses Thema sensibilisieren. Deshalb treffen wir uns jeden 1. und 3. Montag um 20 Uhr in der Planwirtschaft, Werderstraße 28. Dazu möchten wir euch alle ganz herzlich einladen!

Krieg beginnt hier! Beenden wir ihn hier!

Aktuelle Termine und Änderungen findet ihr unter [www.otkma.wordpress.com](http://www.otkma.wordpress.com).

-

-

-

### Rede von Fatima Radjaie

Mein Beitrag befasst sich aufgrund der aktuellen Ereignisse speziell mit dem Krieg gegen Gaza und seinen weitreichenden Folgen und der Lage der Palästinenser Insgesamt.

Wieder einmal hat Israel, bzw. die isr. Regierung, die sich als „einzige Demokratie im Nahen Osten“ bezeichnet, ihr wahres inhumanes und menschenverachtendes Gesicht gezeigt. Zum Vorwand dieser 50 Tage andauernden Aggression gegen die Bevölkerung von Gaza wurde die Entführung von 3 isr. Jugendlichen genommen, die man ohne Beweis oder rechtliche Handhabe sofort der Hamas in die Schuhe geschoben hat. Was gleich darauf folgte war eine kollektive Bestrafung der Menschen in der Westbank und in Gaza von unvorstellbarem Ausmaß: Hunderte Personen in der Westbank wurden verhaftet, 9 Palästinenser von der Armee dabei erschossen und viele verletzt und brutal zusammengeschlagen. Viele Häuser wurden zerstört und die betroffenen Familien ihrer Lebensgrundlage beraubt.

In Gaza, dem dichtest besiedelten Gebiet der Welt, wurden durch fortwährenden, exzessiven Beschuss seit dem 8. Juli, der durch die folgende Bodenoffensive noch verstärkt wurde, während des 50-tägigen Kriegs mind. 2139 Menschen, von denen nach Schätzungen der UNO ca. 80% Zivilisten waren, getötet, dabei ca. 500 Kinder. An manchen Tagen starben allein 100 - 150 Palästinenser. Dazu kommen über 11.000 Verletzte bzw. Verstümmelte, von denen ein großer Teil nun zeitlebens Invaliden bleibt. 1800 Kinder sind nun Waisen und der Großteil der Bevölkerung von 1,8 Mio ist nun traumatisiert. Nach Angaben von UNICEF in Gaza bedürfen mehr als 337.000 Kinder „sofortiger psychosozialer Hilfe“. Nahezu 18.000 Wohnungen und Häuser wurden zerstört, wodurch unzählige Menschen ihr Heim verloren haben. Die Tunnel, deren Zerstörung das angebliche Ziel der isr. Regierung waren, dienten in 1. Linie der Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen.

Nach internationalem Recht und der Genfer Konvention ist Kollektivbestrafung verboten und stellt damit einen eklatanten Verstoß gegen die Vorgaben des internationalen humanitären Völkerrechts dar, so auch Amnesty International. Trotzdem wird sie immer wieder von Israel völker- und kriegsrechtswidrig praktiziert- so während der ersten u. zweiten Intifada, während dem Krieg gegen Gaza 2008/2009 und 2012 und auch danach immer wieder bei Übergriffen gegen die Palästinenser wie auch jetzt im letzten Krieg 2014.

Bei ihren von Jürgen Todenhöfer, der sich während der Angriffe in Gaza aufhielt, so bezeichneten „Bombardierungssorgien“ machte die isr. Armee, die sich „die moralischste Armee der Welt“ nennt, auch nicht vor UN-Schulen, Krankenhäusern, Gemüsemärkten, reinen Wohnvierteln, Friedhöfen, Kinderspielplätzen und sozialen Einrichtungen halt. Die Bombardierungen dieser zivilen Ziele erfolgten bewusst, vor der Bombardierung der Schule der UNRWA in Jabalya z. B. hat die UN die IDF 17 mal durch GPS über die genaue Position dieser Schule informiert! Da kann man unmöglich von einem Versehen sprechen. Auch bei diesem Krieg setzte Israel wiederholt international geächtete und verbotene chemische Kampfstoffe wie weißen Phosphor und DIME-Bomben ein.

Auch jetzt weiß man trotz momentaner Waffenruhe nicht, ob diese wirklich von Bestand ist. Israel drängt auf die totale Entwaffnung der Hamas, die für diese natürlich inakzeptabel ist und Netanjahu droht mit der Wiederbesetzung des Gazastreifens. Teile der isr. Regierung wie Außenminister Liebermann fordern die dauerhafte Besetzung des Küstenstreifens, es gibt sogar Stimmen von Radikalen, die „die Tötung pal. Mütter fordern, da diese junge Schlangen brüten“.

Neben der aggressiven Politik der isr. Regierung gibt es aber auch andere jüdische bzw. isr. Stimmen, die das Massaker gegen Gaza scharf verurteilen

und die Aufhebung der menschenverachtenden Blockade, die die Ursache des ganzen Übels ist, fordern: So haben z.B. 327 Holocaust-Überlebende und deren Nachfahren einen Aufruf verfasst, indem sie nachdrücklich die Politik der Isr. Regierung verurteilen und Freiheit für Gaza fordern wie auch die Einstellung der Waffenlieferungen der USA und anderer westl. Länder an Israel und sich für einen internationalen wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Boykott von Israel aussprechen.

Demonstrationen von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Tel Aviv wurden entweder verboten oder massiv und brutal von rechten Gruppen gestört, deren Mitglieder dabei ungehemmt mit den Stangen ihrer Israel-Fahnen auf Demonstranten einprügelten und diese verletzten. Eine gängige Parole zionistischer Gruppen ist jetzt neben der altbekannten „Tod den Arabern“ auch „Tod den Linken“.

In Gaza sollte am 23. Aug. eigentlich das neue Schuljahr beginnen, aber daran war natürlich überhaupt nicht zu denken, da viele Schulen jetzt zerstört oder stark beschädigt sind und sich in den noch intakten weiterhin Flüchtlinge und Menschen, deren Häuser zerstört wurden, aufhalten. Die durch diesen Krieg hervorgerufenen Schädigungen liegen jenseits jeder menschlichen Vorstellungskraft: ganze Straßenzüge liegen in Trümmern und man muss sich einen Weg durch diese Trümmerfelder bahnen, um die Toten zu bergen, die darunter begraben liegen. Der Geruch von Verwesung ist dabei unerträglich. Durch die Zerstörung des einzigen Kraftwerks in Gaza wurde der ohnehin schon bestehende Elektrizitätsmangel in Gaza noch drastisch verstärkt. In Krankenhäusern starben durch den Stromausfall u. a. Dialyse-Patienten und Babys in Brutkästen. Innerhalb von 48 Stunden haben viele Leute nur 3 Stunden Strom. Ähnlich katastrophal sieht es mit der Wasserversorgung aus, diese ist auch auf einzelne Stunden des Tages beschränkt und das Wasser, das aus den Leitungen kommt, ist zudem salzig und brackig). Der Mangel an Strom hat auch negative Auswirkungen auf die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, viele Wasserleitungen sind durch die Angriffe zerstört oder beschädigt worden. Die einzige Wasserader des Küstenstreifens ist inzwischen durch Überpumpung versalzen und kontaminiert. Pal. Im WJL haben deshalb begonnen, Trinkwasser in Flaschen als Nothilfe nach Gaza zu schicken. Nach Einschätzungen der Vereinten Nationen wird der Gazastreifen spätestens ab 2020 nicht mehr bewohnbar sein.

Schon allein aufgrund dieser Tatsache ist eine weitere Blockade des Gazastreifens für die Bevölkerung absolut unzumutbar und die Grenzübergänge müssen dauerhaft und vollständig geöffnet werden, ebenso sind ein Seehafen sowie ein internationaler Flughafen unter UN-Kontrolle berechnete Forderungen der Palästinenser. Genau dies sind auch die Bedingungen der Hamas, wofür sie einen 10-jährigen Waffenstillstand anbietet.

Die Schuld an der ganzen Misere trägt nicht die Hamas, sondern die fortwährende Besatzung mit all ihren brutalen und gegen internationale Rechte verstoßenden Auswirkungen. Umgekehrt hat die Bevölkerung in einem besetzten Land das Recht, sich gegen diese Besatzung - auch unter Anwendung von Waffengewalt - zur Wehr zu setzen, das ist so im internationalen Recht verankert.

Auch die Bevölkerung im WJL hat massiv unter der Besetzung ihres Landes zu leiden: Systematisch werden immer mehr jüdische Siedlungen auf pal. Land gebaut, wird die indigene pal. Bevölkerung gewaltsam aus Ost-Jerusalem u. a. historischen Stätten vertrieben. Dahinter steckt eine rassistische Politik der „Judaisierung“, die die Pal. Diskriminiert und als Menschen 2. Klasse behandelt. Der pal. Anteil der Bevölkerung Israels soll systematisch immer mehr reduziert werden, um Israel als „rein jüdischen Staat“ zu deklarieren, durch Vertreibung und Enteignung ihres Landes wie jetzt wieder durch den Beschluss des isr. Kabinetts, 400 Hektar pal Land bei Bethlehem dem isr. Staat einzuverleiben, durch die Zerstückelung ihrer Ländereien und Distrikte, die es unmöglich macht, ungehindert von A nach B zu kommen. Die Separations-Mauer, die quer durch pal. Land verläuft und

die einzelnen Gemeinden voneinander abtrennt, ist gegen UNO-Beschluss gebaut worden und somit völkerrechtswidrig. Zudem kommt es immer wieder zu Razzien, willkürlichen Verhaftungen, Erschießungen und Verletzungen von Unschuldigen durch das isr. Militär. Es gibt getrennte Straßen und Busse für Pal. Und isr. Siedler ähnlich wie in SA zur Apartheitszeit.

Wenn die Pal. Sich einigen, stellen sie für diesen Apartheitsstaat eine Gefahr dar, deshalb war die Einheitsregierung von Fatah und Hamas auch von Anfang an ein Dorn im Auge der Zionisten und man hat mit allen Mitteln versucht, diese wieder zu Fall zu bringen. Darin ist auch die Hauptursache des Krieges gegen Gaza zu sehen.

Die internationale Gemeinschaft muss durch wirtschaftlichen Sanktionen und ein Militärembargo Druck auf Israel ausüben, bis dieses sich an international verbindliche Gesetze hält und kooperiert. Deshalb auch keine weitere deutschen Waffenlieferungen nach Israel, keine weiteren atomwaffenfähigen deutschen U-Boote.

Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen in Gaza und dem palistinänischem Volk und fordern:

- keine weiteren Angriffe
- das Ende der Besatzung und die Aufhebung der Blockade in Gaza
- Rückkehrrecht für die pal. Vertriebenen und Flüchtlinge
- Freilassung der pol. Gefangenen, besonders von denen, die ohne Gerichtsurteil und Anklage in „Vorbeugehaft“ sind
- Gleiche Rechte für alle, d. h. Juden, Christen und Muslime sowie Leute, die sich keiner Religion zugehörig fühlen, sollen in allen Angelegenheiten als gleichberechtigte Staatsbürger eines demokratischen Staates behandelt werden und auch ungehinderten Zutritt zu den gemeinsamen heiligen Stätten haben. Das ist ein schwieriger und langer Weg, der viel Kraft und Geduld erfordert, aber er ist der einzig mögliche für einen dauerhaften Frieden und Gerechtigkeit.

-  
-  
-

Grußwort Piraten Karlsruhe

Wie viele andere war auch ich am Antikriegstag am 1. September auf dem Friedrichsplatz. Vor 75 Jahren brach an diesem Tag mit dem deutschen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg aus. Aus diesem Anlass wollen wir an diesem Tage den Opfern des Krieges gedenken und uns zum Frieden bekennen. Leider scheinen die unermesslichen Schrecken des Krieges in Deutschland mehr und mehr vergessen zu werden und kriegerische Einmischungen zunehmend akzeptabel.

Um die stets berechnete Skepsis bei vielen Menschen zu verringern, ob dies denn ein gerechtfertigtes und angemessenes Mittel ist, stirbt die Wahrheit in der öffentlichen Auseinandersetzung leider immer zuerst. Eines der bekanntesten Beispiele dafür ist schon etwas älteren Datums: "Deutschland wird am Hindukusch verteidigt" war und ist eine ungeheure Lüge! Man kann der damaligen Taliban-Regierung sehr vieles vorwerfen, aber nicht, dass sie Deutschland oder einen seiner NATO-Bündnispartner angegriffen hätten.

Das Grundgesetz sagt in Artikel 26 ganz klar: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig."

Entsprechend war die Bundeswehr seit ihrer Gründung lange Zeit als Verteidigungsarmee ausgelegt. Die mittlerweile erfolgte Umorientierung hin zu einer global agierenden Interventionsarmee lässt daran zweifeln, dass dies noch dem Geiste des Grundgesetzes entspricht.

Die Rechtfertigung, dass dies zur Verteidigung der Menschenrechte und unserer Werte nötig ist, schmeckt schal. Die Gräueltaten des Krieges sind der größte Widerspruch zu Menschenrechten und moralischen Werten.

Ich möchte auf zwei Dinge eingehen, die neben dem öffentlichen Einstehen für den Frieden in Karlsruhe konkret getan werden können:

Zum einen können wir mit Weltoffenheit und Toleranz hier vor Ort zu einem besseren gegenseitigem Verständnis der Menschen und einem friedlichen Miteinander beitragen. Dazu gehört auch, Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen freundlich aufzunehmen. Hier kann praktisch sehr viel von Land, Stadt und jedem\*r engagierten Bürger\*in getan werden.

Auch von offizieller Seite der Stadt können Zeichen gesetzt werden. Die Umbenennung von Straßen, wie dies aktuell beim Fritz-Haber-Weg gefordert wird, ist nur eine eher unwesentliche Möglichkeit dazu. Ich habe mich bereits im KIT-Studierendenparlament dafür ausgesprochen und werde dies auch im Gemeinderat tun. Ethisch halte ich die Ehre einer Straßenbenennung für den Chemienobelpreisträger, aber eben vor allem auch "Vater des Gaskrieges" und Kriegsverbrecher Fritz Haber für nicht vertretbar.

Die ethisch-moralische Ablehnung des Krieges ist grundsätzlich und gilt immer: Jeder Tag ein Antikriegstag! Aber es ist wichtig und richtig, an Gedenktagen wie dem gestrigen zusammen zu kommen; auch um zu mahnen, dass auch andere dies nicht vergessen und zu leichtfertig Krieg riskieren.

Ich möchte von ganzem Herzen allen Teilnehmer\*innen danken, die sich am 1. September die Zeit genommen hatten, um ein Zeichen für den Frieden und damit für die grundlegendsten Werte des Menschseins zu setzen!

Ein besonderer Dank gilt natürlich dem DGB, dem Friedensbündnis Karlsruhe und allen anderen, die mitgeholfen haben, die Veranstaltungen zu organisieren.

Erik Wohlfeil, Stadtrat (KULT-Fraktion / PIRATEN)